



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe Oktober 2022

- **Rede zur Lage der Union**
- **Europäische Energiepolitik**
- **Wegweisendes Gesetzspaket für den digitalen Sektor**
- **Bevölkerung der Ukraine für Sachharow-Preis nominiert**
- **Europäer stehen hinter EU**

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem letzten Eurospot sind Michail Gorbatschow und Königin Elisabeth II gestorben und der Kriegsverbrecher im Kreml hat eine teilweise Generalmobilmachung ausgerufen. Europaweit steigen wegen des russischen Krieges die Energie- und viele Lebensmittelpreise.

Während die Deutschen Michail Gorbatschow für seine Weitsicht in Sachen deutscher Einheit und Wiedervereinigung Europas dankbar sein können, erinnert man sich im Baltikum und Georgien ganz anders an seine Versuche, trotz Glasnost und Perestroika die Sowjetunion auch mit Gewalt zusammenzuhalten. Königin Elisabeth II hat sich bei fünf Staatsbesuchen in Deutschland von 1965 bis 2015 gemeinsam mit Prinz Philipp um die Aussöhnung zwischen Briten und Deutschen verdient gemacht. Sie stand auch hier in höchstem Ansehen in Politik und Gesellschaft und war zwar nicht unsere, aber schlicht „die Queen“.

Die Einigkeit des Westens wird weiter vom russischen Diktator herausgefordert. Seine Teilmobilmachung ist das Eingeständnis, dass doch nicht alles nach Plan läuft hinter der potemkinschen Fassade in Moskau. Jetzt heißt es erst recht zusammenzustehen und die Ukrainer mit allen Kräften zu unterstützen, damit die russische Aggression auf ihre eigenen Grenzen zurückgedrängt und dadurch ein Umdenken in Moskau möglich wird. Und bei all dem darf nicht vergessen werden, wer für die hohen Energiepreise verantwortlich ist: Der Mann im Kreml! Gegen ihn heißt es jetzt zusammenzustehen. Gemeinsam sind wir stark!
Slawa Ukrainiy!

Ihr

Michael Gahler



Impulse in der Krise – Rede zur Lage der Union



Traditionell in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause hält die amtierende Kommissionspräsidentschaft ihre Rede zur Lage der Union. In dieser Rede wird nicht nur eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage vollzogen, sondern es werden auch neue Initiativen der Kommission zur Weiterentwicklung der Europäischen Union vorgestellt.

Die diesjährige Rede stand ganz im Zeichen des russischen Angriffes auf die Ukraine und dessen Folgen für die europäische Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte dabei die

ungebrochene Solidarität mit der Ukraine und die dauerhafte Entschlossenheit Europas die Ukraine finanziell zu unterstützen und die Sanktionen gegen Russland, die dessen Kriegsführungsfähigkeit zunehmend erschweren, langfristig aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig gilt es aber auch die schweren Belastungen für die europäische Wirtschaft und Ge-

sellschaft durch Inflation und explodierende Energiepreise, die aus dem brutalen Krieg Putins resultieren, abzufedern. Hierzu schlägt die Kommission den Mitgliedsstaaten in Ergänzung zur bereits eingeleiteten Energiewende hin zu erneuerbaren Energien Maßnahmen zur Reduzierung des Stromverbrauchs sowie eine Obergrenze für Einnahmen von Unternehmen, die Strom günstig erzeugen, vor. Dadurch könnten den Mitgliedsstaaten über 140 Mrd. Euro zur Milderung der Belastungen zukommen. Ebenso sollen die Regeln für staatliche Beihilfen angepasst und den Mitgliedsstaaten mehr Flexibilität beim Schuldenab-

bau eingeräumt werden, um Investitionen zu ermöglichen, sowie ein Entlastungspaket für kleine und mittelständische Unternehmen auf den Weg gebracht werden. Zur Stabilisierung der europäischen Wirtschaft und Absicherung der Transformation zur Klimaneutralität bis 2050 bedarf es aber auch einer gesicherten Versorgungssituation. Dies plant die Kommission durch eine offensive Außenhandelspolitik sowie durch ein Gesetz zu kritischen Rohstoffen zu gewährleisten.

Während Kommissionspräsidentin von der Leyen mit ihren Vorschlägen positive Impulse in der aktuellen Krise setzt, so steht für die Europaabgeordneten von CDU und CSU die Entlastung der europäischen Bürgerinnen und Bürger und der europäischen Unternehmen im Mittelpunkt. Deshalb gilt es Unternehmen und besonders auch landwirtschaftliche Betriebe in der Krise zu entlasten und weitere die Unternehmen belastende Gesetzesvorhaben, wie die Richtlinie über Industriemissionen oder das Lieferkettengesetz mit seinen umfassenden Berichtspflichten, zurückzustellen.

Europaparlament für schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen

Das Europäische Parlament hat sich in seiner Sitzung im September klar für den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und für eine Senkung des Energieverbrauchs ausgesprochen. Die Neufassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie sieht bis 2030 vor, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 Prozent gesteigert werden soll, wodurch die bestehende gesetzliche Verpflichtung von 32 Prozent substantiell gesteigert wird. Zudem werden Teilziele für verschiedenen Bereiche definiert: So soll beispielsweise im Verkehrssektor der Einsatz von erneuerbaren Energien wie synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff zu einer Reduzierung der Treibhausemissionen von 16 Prozent beitragen und die Industrie soll die

Nutzung erneuerbarer Energien um jährlich 1,9 Prozent steigern. Ebenso sollen auch die Mitgliedsstaaten in die Pflicht genommen werden durch mindestens zwei grenzüberschreitende Projekte zum Ausbau von Ökostrom beizutragen.

Im Rahmen der Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie sprachen sich die Abgeordneten für eine Reduzierung des Energieverbrauchs bis 2030 um mindestens 40 Prozent aus, was 740 Mio. Tonnen Rohöleinheiten entspricht. Der Entscheidung des Europaparlaments werden sich nun Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten anschließen.

Diese beiden Richtlinien reflektieren vor dem Hintergrund des russischen

Angriffs auf die Ukraine die Notwendigkeit die bisherigen Ambitionen in der europäischen Energiepolitik nochmals zu steigern, wie auch von den Abgeordneten von CDU/CSU seit Beginn des Krieges gefordert. Erneuerbare Energien – Sonne, Wind, Wasser und ebenso Biomasse – sind unser Schlüssel zu mehr energiepolitischer Unabhängigkeit und entscheidend auf dem Weg zur bis 2050 angestrebten Klimaneutralität. Hierfür gilt es alle Ressourcen zu nutzen, weshalb, entgegen des Votums linker und grüner Abgeordneter, holzbaasierte Biomasse weiterhin anrechnungsfähig bleibt. Auf dem Weg zur Klimaneutralität gilt es aber gleichzeitig auch Belastungen für Unternehmen und Verbraucher zu begrenzen.



Ukraine und Republik Moldau erhalten Kandidatenstatus

Am 28. Februar, vier Tage nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges, stellte die Ukraine den Antrag auf Anerkennung als EU-Beitrittskandidat. Nach wiederholten Forderung des Europäischen Parlaments auf Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an die Ukraine, wurde dieser schließlich durch die EU-Mitgliedsstaaten einstimmig am 23. Juni verliehen. Neben der Ukraine erhielt auch die Republik Moldau, die sich durch die

russische Besetzung eines Teils ihres Territoriums bedroht sieht, den Status als EU-Beitrittskandidat. Der Antrag Georgiens, der zusammen mit der Republik Moldau am 3. März gestellt wurde, wurde mit Verweis auf anhaltenden Reformbedarf hingegen abgelehnt. Die Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und die Republik Moldau ist ein wichtiges Signal europäischer Solidarität im Angesicht russischer Aggression und unterstreicht,

dass beide Staaten Teil der europäischen Familie sind.

Allerdings muss hierbei auch klar sein, dass es trotz der besonderen Situation für beide Staaten keine Abkürzung zur EU-Mitgliedschaft geben wird. So wie alle anderen Kandidatenländer müssen auch die Ukraine und Moldau sämtliche der sogenannten Kopenhagener Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft erfüllen bevor ein Beitritt möglich ist.

EU bringt wegweisendes Gesetzespaket für den digitalen Sektor auf den Weg

„Was außerhalb des Internets verboten ist, soll auch im Internet verboten sein“. Auf Basis dieses Grundsatzes verabschiedete das Europäische Parlament am 5. Juli mit breiter Mehrheit zwei umfassende Gesetze für Anbieter digitaler Dienste: Das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte.

Das Gesetz über digitale Dienste verpflichtet Anbieter digitaler Dienste, wie soziale Medien oder Marktplätze, ge-

gen die Verbreitung illegaler Inhalte, Desinformation und anderer Gefahren für die Gesellschaft vorzugehen. Ebenso werden die Rückverfolgbarkeit und Kontrolle von Händlern auf Online-Marktplätzen gestärkt, um die Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen sicherzustellen. Zudem werden die Anbieter zu mehr Transparenz durch die Bereitstellung von Informationen über die Moderation von Inhalten oder die Nutzung von Algorithmen verpflichtet.

Das Gesetz über digitale Märkte richtet sich an große Online-Plattformen, die als sogenannte „Gatekeeper“ über den Marktzugang entscheiden. Diesen werden mit dem Gesetz Verpflichtungen auferlegt, um ein faireres Geschäftsumfeld und eine größere Dienstleistungsvielfalt für die Verbraucher zu bewirken. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass die von Gatekeeper angebotenen Dienst, wie zum Beispiel Messenger-Dienste,

mit Dritten kompatibel sein und Nutzern ermöglicht wird, vorinstallierte Software oder App problemlos zu deinstallie-

ren und auch Anwendungen Dritter zu nutzen. Das Gesetz sieht dabei auch Geldstrafen bei Verstößen vor, die sich auf

bis zu 10% des Vorjahresumsatzes der Unternehmen belaufen können.



Für die Europaabgeordneten von CDU und CSU sind beide Gesetze ein klarer Schritt in die richtige Richtung, da der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, die Wahlfreiheit der Verbraucher gestärkt wird und die großen Unternehmen der Branche in die Pflicht genommen werden.

Verbrenneraus ab 2035 – Absage an Technologieoffenheit durch links-grün-liberale Mehrheit

In einer kontroversen Abstimmung während der Plenarsitzung im Juni stimmte eine Mehrheit von Grünen, Sozialdemokraten, Liberalen und Linken für die Abschaffung des Verbrennermotors in Europa. Ab 2035 sollen nur noch Autos in Europa verkauft werden dürfen, die keinerlei Emissionen ausstoßen. Tatsächlich bedeutet dies, dass nur noch Elektroautos im Angebot sein werden. Dem Abstimmungsergebnis folgten Ende Juni schließlich auch die Mitgliedsstaaten.

Bis zuletzt hatte die CDU/CSU-Gruppe darauf gedrängt, die Emissionsvorgaben auf 90 Prozent zu verringern. Zehn

Prozent der Autos hätten dann weiter mit modernsten Verbrennermotoren oder anderen neuartigen Technologien auf den Markt kommen können. Heute ist schließlich noch nicht absehbar, welche Innovationen 2035 auf dem Markt sein werden. Es ist auch bedauernd, dass sich Europa mit dem Beschluss endgültig von der Technologieoffenheit verabschiedet. Stattdessen wird ein Weg gewählt, bei dem die Politik festlegt, welche Technologie „gut“ ist, und welche „schlecht“. Für den Technologiestandort Europa ist diese Entscheidung fatal, da so auch Forschung an bestimmten Technologien nicht mehr in Europa stattfin-

den wird, zumal der Rest der Welt noch viel länger brauchen wird, auf Elektromobilität umzusteigen. Auch bei uns fehlt schlicht noch die notwendige flächendeckende Ladeinfrastruktur.

Gerade für die deutsche Automobilindustrie ist das ein schwerer Schlag, es droht der Verlust von 500.000 Arbeitsplätzen. Leider kommt dieses Ergebnis aber nicht überraschend, denn es fehlte auch an Rückendeckung aus Berlin: Die Ampel-Regierung hat sich ebenfalls auf ein Verbrennerverbot 2035 festgelegt und leistete dementsprechend keinen Widerstand gegen dieses unsinnige Verbot.

EVP-Fraktion nominiert Bevölkerung der Ukraine und deren Präsidenten für diesjährigen Sacharow-Preis

Am 24. Februar begann Russland seinen unprovokierten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit diesem Tag stellen sich die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, angeführt von ihrem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der russischen Aggression entschlossen und tapfer entgegen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen dabei nicht nur ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung, sondern gleichsam unsere europäischen Werte von Demokratie und Freiheit. Dieser Einsatz verdient unsere resolute Unter-

stützung und Anerkennung, weshalb die Fraktion der Europäischen Volkspartei das ukrainische Volk und deren Präsidenten für den diesjährigen Sacharow-Preis

für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments nominiert. Dieser wird während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im Dezember vergeben.



EU-Programm LEADER hat sich bewährt

Mit dem Förderprogramm LEADER unterstützt die EU seit 30 Jahren die Entwicklung des ländlichen Raums, wobei die Besonderheit dieses Programms darin besteht, dass ortsansässige Akteure, die sich in rund 2800 sogenannter lokalen Aktionsgruppen organisieren, in die Programmplanung und -durchführung eingebunden sind. Wie eine von der Kommission veröffentlichte

Studie aus dem April 2022 belegt, hat LEADER effektive Lösungen für die ländliche Entwicklung ermöglicht. Untersucht wurden dabei die Wirkungen von LEADER in der gesamten EU über den Programmplanungszeitraum 2014 bis 2020. Insbesondere die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen, die lokale Wertschöpfung und die Modernisierung von Unternehmen sind durch das Pro-

gramm begünstigt worden. Klare Beziehungen und hervorragende Unterstützung durch die Verwaltungsbehörden sowie ausreichende Mittel für die Animation waren entscheidend für die Leistung der lokalen Aktionsgruppen. Der Beitrag bei der Verbesserung der Umwelt und der Förderung des Klimaschutzes sei hingegen weniger ausgeprägt gewesen.

Kroatien bekommt den Euro

2013 war Kroatien das bislang letzte Land, das der EU beigetreten ist. Seitdem hat sich das Land insgesamt positiv entwickelt. Das Staatsdefizit, die Inflation sowie das Zinsniveau sind niedrig, während der Wechselkurs stabil ist. Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission Anfang Juni 2022 vorgeschlagen, dass Kroatien zum 1. Januar 2023 den Euro als Währung einführen kann. Diesen Vorschlag hat das Europäische Parlament am 5. Juli in seiner Stellungnahme unterstützt.

Dies ist ein großer Erfolg für den kroatischen Premierminister Andrej Plenkovic, der zuvor viele Jahre zusammen mit CDU und CSU der EVP-

Fraktion im Europäischen Parlament angehörte. Und auch für deutsche Urlauber ist das eine gute Nachricht: Geldwechseln ist ab 2023 auch im Kroatien-Urlaub ein Relikt der Vergangenheit.

Kroatien wird ab 2023 somit der 20. EU-Mitgliedstaat

sein, der den Euro als offizielles Zahlungsmittel hat. Nur in Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien, Schweden und Dänemark kann man nicht mit Euro zahlen, wobei nur Dänemark die Nichtteilnahme am Euro auch vertraglich festgehalten hat.



Eurobarometer: Bürgerinnen und Bürger stehen hinter Europa

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger rücken im Angesicht der größten Bedrohung des Friedens auf unserem Kontinent näher zusammen. Dies zeigt die Eurobarometer-Umfrage des Europäischen Parlaments, die im Sommer veröffentlicht wurde, deut-

lich: So halten nahezu zwei Drittel (65 Prozent) der Europäerinnen und Europäer die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache, was einen neuen Höchstwert seit 2007, als 58 Prozent der Befragten diese Auffassung vertraten, darstellt. Seit

der letzten Umfrage Ende 2021 ließen sich in einigen Mitgliedsstaaten teils erhebliche Steigerungsraten der Zustimmung beobachten, wie beispielsweise in Litauen mit einem Plus von 20 Prozent. In Deutschland teilen 77 Prozent der Be-

fragten die Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache ist. Die EU wird von einer knappen Mehrheit von 52 Prozent positiv gesehen, wobei in Irland als Spitzenreiter 76 Prozent der Befragten und in Deutschland 56 Prozent ein positives Bild der EU haben.

Ebenso stehen die Europäerinnen und Europäer hinter der europäischen Antwort

auf die russische Aggression in der Ukraine, wie eine Umfrage der Kommission zeigt: Die Wirtschafts-sanktionen der EU gegen Russland werden von einer überwältigenden Mehrheit von 80 Prozent unterstützt. Dies wird auch durch die Ergebnisse des Eurobarometers untermauert: Obwohl bereits 40 Prozent der Befragten Auswirkungen von Inflation und gestiegenen

Lebenshaltungskosten auf ihren Lebensstandard spüren, so betrachten 59 Prozent der EU-Bürgerinnen und Bürger die Verteidigung gemeinsamer europäischer Werte wie Freiheit und Demokratie als Priorität, auch wenn sich dies in Form steigender Lebenshaltungskosten auswirken sollte. In Deutschland vertreten sogar 65 Prozent der Befragten diese Auffassung.

70. Europäischer Wettbewerb ist gestartet

Unter dem Motto „Europäische gleich bunt“ ist der 70. Europäische Wettbewerb, ausgelobt von der Europäischen Bewegung Deutschland und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, für 2023 gestartet. Im Rahmen von 13 Aufgaben für vier Altersgruppen sind Schülerinnen und Schüler aufgerufen ihre Vision für ein bunteres, gerechteres und glücklicheres Europa in kreativer Weise zu

WEB-TIPP

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.europaeischer-wettbewerb.de/>

präsentieren. Neben Sach- und Geldpreisen können Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren auch Reisepreise, wie beispielsweise nach Berlin oder Brüssel, gewinnen. Die Anmelde- und Einrichtungsfrist für Hessen ist der 10. Februar 2023.

IMPRESSUM

Michael Gahler

EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262

B-1047 Brüssel

Tel +32-2-2845977

Fax +32-2-2849977

michael.gahler@

europarl.europa.eu

www.michael-gahler.eu

 michael.gahler.eu

Europabüros:

Wasserweg 2

64521 Groß-Gerau

Tel: +49-6152-932510

und Steubenplatz 12

64293 Darmstadt

Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:

Europäisches Parlament,
Europäische Kommission
Freepik.com

